

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Gen-Mais MON 810 unverzüglich vernichten - Freisetzungversuch gentechnisch veränderter Amflora-Kartoffeln stoppen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht,

1. unverzüglich das sofortige Unterpflügen oder eine andere gefahrenabwendende Beseitigung der bereits auf Feldern in Mecklenburg-Vorpommern ausgesäten Bestände des gentechnisch veränderten Mais der Linie MON 810 anzuordnen, um aus dem Anbau resultierende Gefahren für Mensch und Umwelt abzuwenden. Über den Vollzug der geforderten Maßnahmen ist dem Landtag in geeigneter Weise Bericht zu erstatten,
2. vorerst finanzielle Mittel aus dem Landeshaushalt bereitzustellen, um die Einbußen der Landwirt sofort angemessen zu entschädigen. Bei der Entschädigung sind die direkten Kosten für die Beseitigung der bereits aufgelaufenen Kulturen, die entstehenden Ertragsausfälle und sonstige aus der Störung der betrieblichen Abläufe resultierenden Mehrkosten angemessen zu berücksichtigen. Im weiteren Verfahren sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die ausgereichten finanziellen Mittel entweder vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit als zuständige Genehmigungsbehörde des Bundes oder vom Zulassungsinhaber Monsanto Europe S. A. zurückzufordern,
3. den betreffenden Landwirten Hilfestellung in Bezug auf die weitere Nutzung der Flächen anzubieten, um einerseits den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen und andererseits negative Folgen für die Bodenfruchtbarkeit - beispielsweise Bodenerosion - zu vermeiden. Insbesondere soll dabei eine Beratung zu möglichen Folgefrüchten und zur Vermeidung von weiteren Störungen im Betriebsablauf erfolgen, die beispielsweise durch Futtermangel oder fehlende Arbeitskraft- und Maschinenauslastung eintreten könnten,

4. sich auf Bundesebene unverzüglich für eine bundesweite Vernichtung der bereits ausgesäten Bestände des gentechnisch veränderten Maises der Linie MON 810 einzusetzen und den Bund aufzufordern, eine angemessene Entschädigung für die Vernichtung des Gen-Maises bundesweit sicherzustellen,
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dem Beispiel Österreichs, Ungarns, Griechenlands und Polens folgend, ein nationales Einfuhrverbot des gentechnisch veränderten Maises der Linie MON 810 zu erlassen,
6. sich gemeinsam mit dem Bund dafür einzusetzen, dass auch die europaweite Zulassung des gentechnisch veränderten Maises MON 810 durch die EU-Kommission nicht verlängert wird,
7. das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit aufzufordern, eine Erklärung abzugeben, warum der sofort zu vollziehende Bescheid über das Verbot des Inverkehrbringens von MON 810 erst jetzt, nach der Aussaat, erfolgte, obwohl die dem Bescheid zugrunde liegenden Erkenntnisse über Gefahren und entsprechende Studien zur Risikoabschätzung bereits seit längerem bekannt sind. Über die Ursachen und Hintergründe ist der Landtag dann in geeigneter Weise zu unterrichten,
8. das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zu ersuchen, die erteilte Genehmigung zum großflächigen Freisetzungsversuch mit gentechnisch veränderten Amflora-Kartoffeln der BASF in Mecklenburg-Vorpommern zu widerrufen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Der Anbau gentechnisch veränderter Organismen stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Natur dar, der mit unabsehbar gefährlichen Folgen für Mensch und Umwelt verbunden ist. Die Fraktion der NPD lehnt den gentechnisch veränderten Ackerbau grundsätzlich ab und fordert insbesondere nach der teilweisen Rücknahme der Genehmigung des Inverkehrbringens von MON 810 durch das BVL die sofortige Gefahrenabwehr durch die Staatsregierung.

Das gerade vom gentechnisch veränderten Mais der Linie MON 810 erhebliche Gefahren für den Menschen und die Umwelt ausgehen, wurde inzwischen vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit bestätigt.

Aus dem Bescheid des BVL an die Firma Monsanto geht hervor, dass der Anbau von MON 810 mit erheblichen Risiken verbunden ist. Die Risikomomente wurden dabei als so schwerwiegend eingeordnet, dass der unmittelbare Vollzug des Bescheids angeordnet wurde. Da zum Zeitpunkt des Bescheides die Aussaat von MON 810 bereits erfolgt war, sieht es die Fraktion der NPD zur Gefahrenabwehr als dringend geboten an, die unverzügliche Vernichtung des bereits ausgebrachten Maises MON 810 anzuordnen.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum von der diesjährigen Saat keine Gefahr ausgehen soll. Ein Unterlassen würde der dem BVL-Bescheid zugrunde liegenden Intention sowie der Vorsorgepflicht der Sächsischen Landesbehörden zuwiderlaufen. Die im Antrag geforderte Bereitstellung finanzieller Mittel wird nötig, um die Kosten der Landwirte für die Vernichtung der bereits gesäten Kulturen und die Ertragsausfälle zu kompensieren. Dies dient dem Zweck der unmittelbaren Hilfe für die Landwirte; jedoch sollten diese Mittel nach Ansicht der Fraktion der NPD gemäß dem Verursacherprinzip zurückgefordert werden. Es ist dabei letztlich zu prüfen, ob die Verantwortung bei der Genehmigungsbehörde oder dem Unternehmen Monsanto liegt.

Da sich das verspätete Handeln des BVL mit Blick auf den diesjährigen Aussaatzeitpunkt für Mais der Fraktion der NPD nicht erschließt, wird dahingehend ebenfalls um Aufklärung ersucht.

Die Folgen der Freisetzung von gentechnisch veränderten Amflora-Kartoffeln sind insbesondere wegen des hierbei von der BASF-Plant-Science verwendeten Antibiotikaresistenzmarker-Gen äußerst bedenklich. In der Wissenschaft ist die Verwendung dieses Marker-Gens umstritten.